

---

# Eckpunktepapier: Weg zur Ernährungsstrategie der Bundesregierung

## Stellungnahme der Deutschen Umwelthilfe

---

Die Deutsche Umwelthilfe (DUH) begrüßt es, dass die Bundesregierung ein Eckpunktepapier zur Ernährungsstrategie mit zentral wichtigen Aspekten einer Transformation unseres Ernährungssystems hin zu mehr Gesundheit und Nachhaltigkeit vorlegt. Wir teilen die in der Präambel ausgeführte Analyse der ökologischen und gesundheitlichen Auswirkungen einer unausgewogenen Ernährung. Auch mit der Feststellung, dass in Deutschland Ernährungsarmut herrscht, und Ernährungsumgebungen häufig so beschaffen sind, dass es Menschen unnötig schwergemacht wird, sich gut zu ernähren, stimmen wir überein. Wie in der Präambel formuliert, ist es Aufgabe der Politik, bessere Rahmenbedingungen zu schaffen, damit es Verbraucherinnen und Verbrauchern leichtfällt, sich gesund und nachhaltig zu ernähren.

Die von der Bundesregierung identifizierten Handlungsfelder stellen auch aus Sicht der DUH zentrale Bausteine für ein nachhaltiges Ernährungssystem dar. Jedoch sollten folgende strategische Ziele noch stärker herausgearbeitet werden:

- gesunde und nachhaltige Ernährungsumgebungen schaffen
- Werbung für besonders ungesunde und nicht-nachhaltige Lebensmittel beenden (nicht nur für Kinder)
- Ressourcen- und Klimaschutz im Ernährungssystem sichern
- Ernährungskompetenz stärken und Ernährungsarmut bekämpfen
- gesetzliche Verbesserung der Preiswahrhaftigkeit mit Blick auf externe Schäden und Kosten der Agrar- und Ernährungswirtschaft
- Kostenlose Bereitstellung von Leitungswasser (nicht nur in der Außer-Haus-Verpflegung, wie in der Ernährungsstrategie beschrieben, sondern auch im öffentlichen Raum)

Die im Eckpunktepapier skizzierten Handlungsansätze setzen allerdings zu stark auf die Eigenverantwortung von Verbraucher:innen, Dialogformate und freiwillige Maßnahmen des Handels. Dies reicht bei Weitem nicht aus. Eine zentrale Erkenntnis der jüngeren agrar- und ernährungspolitischen Diskussion ist, dass allein über Information und Motivation der Verbraucher:innen der notwendige Transformationsprozess hin zu einer nachhaltigen Ernährung innerhalb der planetaren Grenzen nicht erreicht werden kann (Horne 2009; Andorfer und Liebe 2015; Yokessa und Marette 2019). Eine breitflächige Transformation unserer Ernährungsgewohnheiten lässt sich nicht ohne eine gleichzeitige Transformation im Agrar- und Konsumsektor sowie tiefgreifend veränderte Ernährungsumgebungen bewerkstelligen. Gleichzeitig wünschen sich landwirtschaftliche Erzeuger:innen Planungs- und Richtungssicherheit für diese Umstellung, weshalb es aus unserer Sicht unerlässlich ist, im Rahmen der Ernährungsstrategie auch gesetzliche Vorgaben für Industrie und Handel zu machen. Eine Strategie zeichnet sich aus durch Ziele, Maßnahmen und Indikatoren zur Messung der Zielerreichung. Das vorliegende Papier lässt diesen strategischen Charakter

noch nicht erkennen. Gleichzeitig müssen die Rolle der Bundesregierung und ihre Verpflichtungen bei der Umsetzung noch stärker herausgearbeitet werden

Im Folgenden möchten wir zu einzelnen Kernpunkten der Eckpunkte zur Ernährungsstrategie der Bundesregierung detailliert Stellung nehmen.

## I. Gesundheitsförderliche und nachhaltige Ernährungsumgebung schaffen

### 1. Gemeinschaftsverpflegung

Wir stimmen mit der Bundesregierung darin überein, dass die Außer-Haus-Verpflegung (AHV) und insbesondere die Gemeinschaftsverpflegung (GV) aufgrund ihrer Strahlkraft in die Gesellschaft hinein wichtige Stellschrauben für einen Wandel von Ernährungsgewohnheiten sind. Die wohl wichtigste Maßnahme aus dem Eckpunktepapier der Bundesregierung im Sektor der AHV sieht vor, qualitativ hochwertige, genussvolle und ausgewogene Mahlzeiten zu etablieren, indem die Qualitätsstandards der Deutschen Gesellschaft für Ernährung e.V. (DGE) in der GV verbindlich werden.

Die momentan gültigen DGE-Standards erscheinen uns jedoch ungeeignet, um mehr Nachhaltigkeit in der AHV zu etablieren. Die Institution steht für ihre Nähe zur Molkereiwirtschaft in der Kritik (Joeres et al. 2021). Aus Umweltsicht ist zudem problematisch, dass die DGE den Konsum doppelt so vieler Milchprodukte wie die Planetary Health Diet empfiehlt – und sogar mehr, als in Deutschland derzeit konsumiert werden (Renner et al. 2021). Die DGE-Checkliste für Krankenhäuser sieht beispielsweise vor, dass 14-mal pro Woche (2-mal täglich) Milchprodukte auf dem Speiseplan stehen müssen, sowie mindestens 2-mal wöchentlich Fisch. Eine Maximalvorgabe für Fleisch gibt es nur für den Mittagstisch, während Fleisch- und Wurstwaren als Belag nicht begrenzt sind (DGE 2022a). Auch in Schulen soll es der DGE zufolge innerhalb von 20 Tagen in der Mittagsverpflegung mindestens 8-mal Milchprodukte geben, sowie mindestens 4-mal Fisch (DGE 2022b). Häufig werden zudem nur einzelne Menülinien zertifiziert, sodass das DGE-Siegel nur eingeschränkt Auskunft über die Nachhaltigkeit einer gesamten Einrichtung gibt. Im Vergleich hierzu empfiehlt Planetary-Health-Diet, die neben gesundheitlichen Aspekten auch planetare Belastungsgrenzen berücksichtigt, deutlich weniger tierische Produkte sowie mehr Gemüse und Hülsenfrüchte (Willett et al. 2019).

Die lebensmittelbezogenen Ernährungsempfehlungen der DGE befinden sich zudem zurzeit in der Überarbeitung. Voraussichtlich werden auf Basis der aktualisierten Ernährungsempfehlungen auch die DGE Qualitätsstandards angepasst, wodurch völlig unklar ist, ob und inwieweit diese in Zukunft ein geeignetes Instrument darstellen werden, um eine gesunde, nachhaltige Ernährung zu etablieren. Die Effektivität der Maßnahmen für den gesamten Sektor der GV auf einen noch unbekanntem Standard zu stützen, stellt aus unserer Sicht eine Leerstelle dar, die eine Strategie an dieser Stelle aushöhlen würde. Zugleich empfehlen wir andere Standards wie beispielsweise die international anerkannte Planetary Health Diet zu nutzen, die den expliziten Ansprüchen der Bundesregierung mit Blick auf eine breite Nachhaltigkeitswirkung noch besser gerecht werden als Standards mit reinem Ernährungsfokus.

Um einen wirklichen Wandel auf wissenschaftlicher Basis herbeizuführen, sollte aus Sicht der DUH die Planetary Health Diet als Standard in der GV etabliert werden. Zusätzlich sollte es nach dem Vorbild Portugals gesetzlich verankert werden, dass in Einrichtungen der GV mindestens ein rein pflanzliches Gericht zur Auswahl stehen muss. Auch die verpflichtende Bereitstellung von kostenlosem Leitungswasser, sowohl in der AHV als auch im öffentlichen Raum, ist aus unserer Sicht eine notwendige Maßnahme.

Das Ziel, in den Kantinen der Bundesverwaltung den Anteil an Bio-Lebensmitteln bis 2025 über 20 Prozent zu steigern, ist aus unserer Sicht zu unkonkret und zu unambitioniert. Um das Ziel von 30 Prozent Öko-Landbau bis 2030 zu erreichen, sollte die Bundesregierung hier mit gutem Beispiel vorangehen und bis 2025 einen Anteil von 30 Prozent Bio-Lebensmitteln in ihren eigenen Kantinen etablieren.

## 2. Gestaltung der Konsumlandschaft und Präventionsstrukturen

Wir befürworten das Vorhaben der Bundesregierung, durch ein System ineinandergreifender Maßnahmen das Angebot von und den Zugang zu nachhaltig produzierten Lebensmitteln zu verbessern. Insbesondere die Etablierung „wahrer“ Preise sehen wir hier als wichtiges Instrument, da die Transformation der Agrar- und Ernährungswirtschaft allein über das Kaufverhalten von nachhaltigkeitsorientierten Verbraucher:innen nicht in der erforderlichen Geschwindigkeit zu bewerkstelligen ist. Die Kommunikation von Nachhaltigkeitsleistungen ist wichtig, um Transparenz zu schaffen. Die aktuelle Inflationskrise zeigt aber, dass Nachhaltigkeitsleistungen noch immer Wettbewerbsnachteile darstellen können, weil externe Kosten einer nicht-nachhaltigen Produktion nicht im Verbraucherpreis enthalten sind. Die Kostendifferenz überschreitet daher die Zahlungsbereitschaft vieler Verbraucher:innen (z.B. AMI 2022; Willer et al. 2021). Um hier einen tatsächlichen Wandel herbeizuführen, braucht es „wahre Preise“, also eine Internalisierung externer Kosten. Die Annäherung an „wahre Preise“ würde es Verbraucher:innen erleichtern, ihr Nachhaltigkeitsbewusstsein in Kaufverhalten umzusetzen und würde gleichzeitig für Produzenten und Händler ein Level-Playing-Field herstellen. Instrumente hierfür könnten beispielsweise eine Einpreisung von Treibhausgas- und anderen schädlichen Emissionen (bspw. Ammoniak), eine Pflanzenschutzmittel-, Stickstoffüberschuss- und Tierwohlabgabe (wie von der Borchert-Kommission gefordert) sein. Um regionale Wertschöpfungsketten zu fördern, sollte die Bundesregierung eine verbindliche Herkunftskennzeichnung für alle Lebensmittel sowie einen verpflichtenden, deutlich erkennbaren Hinweis für Flugtransport-Produkte etablieren.

Gleichzeitig müssen Mechanismen geschaffen werden, landwirtschaftliche Erzeuger:innen direkter für ihre Nachhaltigkeitsleistungen zu entlohnen. So sollten besagte Abgaben gleichzeitig dazu dienen, einen Umbau der Tierhaltung und eine Transformation zu einer ökologischeren Landwirtschaft zu finanzieren.

## 3. Pflanzenbetonte Ernährung

Wir begrüßen, dass die Relevanz einer pflanzenbetonten Ernährung in dem Eckpunktepapier anerkannt wird. Um der Consumer-Citizen-Gap entgegenzuwirken, braucht es allerdings unbedingt fiskalische Maßnahmen, um pflanzliche, möglichst unverarbeitete Lebensmittel grundsätzlich vorzüglicher zu machen und eine Verringerung des Fleischkonsums herbeizuführen. Die Mehrwertsteuersenkung für Fleischprodukte muss beendet werden, stattdessen müssen diese mit dem Regelsteuersatz von 19% belegt werden, bei gleichzeitiger Absenkung der MwSt. für unverarbeitetes Obst, Gemüse und Hülsenfrüchte auf 0%.

Fiskalische Anreize sind jedoch nur ein Teil der dringend notwendigen Umgestaltung von Ernährungsumgebungen. Um eine pflanzenbetonere Ernährung in Deutschland zu erreichen, kommen zahlreiche weitere Instrumente für pflanzlichere Ernährungsumgebungen infrage. Ein Verbot von Werbung für Billigfleisch, eine transparente Kennzeichnung der Umweltauswirkungen von (tierischen) Produkten oder die Bereitstellung von handlungsnahen Informationen seien hier nur als einige Beispiele genannt. Um den Zugang zu pflanzlichen Gerichten grundsätzlich zu ermöglichen, sollte zudem an allen Orten der Gemeinschaftsverpflegung verpflichtend ein pflanzliches Gericht prominent angeboten werden.

## 4. Soziale Aspekte der Ernährung

Bezüglich der sozialen Aspekte der Ernährung verweisen wir auf die oben bereits genannten Punkte bezüglich Maßnahmen in der Gemeinschafts- und Außer-Haus-Verpflegung sowie die notwendigen Anpassungen der Mehrwertsteuersätze.

## 5. Bewegung fördern

Wir begrüßen den Ansatz, gesundheitsförderliche Rahmenbedingungen für Ernährung und Bewegung zusammenzudenken. In der konkreten Umsetzung auf der kommunalen Ebene ist er zu verknüpfen mit umweltvorsorgenden Strategien, die auf eine gesündere Lebenswelt in räumlichen Kulissen zielen. Klimaresiliente Quartiere mit hoher, biodiverser Grünausstattung und einer gezielten Entwicklung von Angeboten für den Rad- und Fußverkehr schaffen eine Verbesserung des umweltbezogenen Gesundheitsschutzes, der Vorsorge und der Gesundheitsförderung für alle Bevölkerungsgruppen.

Neben dem Elternhaus kommt insbesondere den Schulen eine herausragende Rolle bei der Zuweisung von Lebenschancen zu. Schulen, der Schulhof, die Schulwege und das umgebende Quartier wirken als Erfahrungs- und Lernraum maßgeblich auf die körperliche, motorische und psychosoziale Entwicklung von Kindern und Jugendlichen ein – und nicht zuletzt auf alltägliche Gewohnheiten.

Daher sollten Schulen als zentrale Handlungsfelder einer umwelt- und gesundheitsorientierten Stadtentwicklung verstanden und durch integrativ ansetzende Projekte und Prozesse in Städten und Gemeinden gefördert werden.

## 6. Strukturen und Prozesse

Wie im Eckpunktepapier der Bundesregierung beschrieben, kommt der Vernetzung eine große Bedeutung zu. Insbesondere im Bereich der Gemeinschaftsverpflegung sollte es allerdings nicht bei reinen Vernetzungsangeboten bleiben, sondern auch eine finanzielle Unterstützung für Schulungs- und Umstellungsmaßnahmen etabliert werden. Das Förderprogramm für „Beratung von Unternehmen der Außer-Haus-Verpflegung zum vermehrten Einsatz von Produkten des ökologischen Landbaus (RIBE)“ sehen wir hier als wichtigen ersten Schritt. Durch die ungleiche und ungerechte Verteilung der Marktmacht in Lebensmittel-Lieferketten reichen reine Fördermaßnahmen jedoch nicht aus. Wenigen Akteuren auf der Abnehmerseite stehen eine Vielzahl von anbietenden Landwirtschaftsbetrieben und regionalen Verarbeitungsbetrieben gegenüber. Wenn bäuerlich-agrarökologisch wirtschaftende Höfe und regionale Verarbeitung für die Bundesregierung Werte und Ziele darstellen, dann muss die Ernährungsstrategie einen Beitrag leisten, um Fairness herzustellen. Andernfalls sind Regionalität und weniger Verschwendung auf dem Acker und im Stall nicht zu erreichen.

Für die auch unter Punkt 5. skizzierte dringend gebotene Themenintegration von Ernährung und Bewegung sind auf der Ebene der Länder und Kommunen integrierte Planungsprozesse, Zusammenarbeitsstrukturen und Formen der ressortübergreifenden Kooperationen und entsprechende Methodenkompetenzen zu unterstützen. Die Zusammenarbeit von Gesundheits- und Planungsakteuren auf der kommunalen Ebene und die partizipative Ausgestaltung entsprechender Prozesse sollte gezielt durch Bund und Länder gefördert werden.

# II. Ressourcen- und klimaschonende Ansätze fördern

## 1. Nachhaltige Lebensmittelerzeugung und –versorgung

Wir befürworten die Eckpunkte bezüglich einer nachhaltigen Lebensmittelerzeugung und –versorgung, insbesondere die Förderung regionaler Verarbeitungs- und Vermarktungsstrukturen, Umsetzung und Weiterentwicklung der Eiweißpflanzenstrategie sowie die Zukunftsstrategie ökologischer Landbau.

Der Ausbau einer saisonal-regionalen Vermarktung sowie das Bestreben, einen hohen Selbstversorgungsgrad von Obst, Gemüse und Hülsenfrüchten zu erreichen, sind wichtige und sinnvolle Maßnahmen, um – insbesondere angesichts unbeständiger globaler Lieferketten – eine regionale Versorgung wieder wirksam

zu verbessern und Landwirt:innen langfristig Einkommensperspektiven zu garantieren. Da in der Außer-Haus-Verpflegung die mangelnde Verfügbarkeit von regionalen Bio-Lebensmitteln häufig ein Hindernis in der Umstellung auf eine nachhaltigere Verpflegung ist, ist die Stärkung von direkten Lieferketten hier eine win-win-Maßnahme. Auch alternative Vermarktungsstrukturen wie das Konzept der Solidarischen Landwirtschaft sollten massiv gefördert werden. Das Programm „[Europäische Innovationspartnerschaften Landwirtschaftliche Produktivität und Nachhaltigkeit](#)“ kann dabei als gutes Beispiel für die Stärkung regionaler Wertschöpfung dienen.

## 2. Reduzierung der Lebensmittelverschwendung

Die 2019 verabschiedete Nationale Strategie zur Reduzierung der Lebensmittelverschwendung sieht vor, die Lebensmittelabfälle in Deutschland bis 2030 in jedem Sektor der Lebensmittelversorgungskette zu halbieren. Nicht mit einbezogen in die Nationale Strategie zur Reduzierung der Lebensmittelverschwendung werden währenddessen Vorernte- und Ernteverluste, obwohl diese nach Schätzungen in Deutschland vermutlich bei über 16 Millionen Tonnen liegen (DUH 2022). Die Bundesregierung steht in der Pflicht, belastbare Daten für den Primärsektor zu erheben und auch für diesen Abschnitt der Lebensmittellieferkette verbindliche Reduktionsziele zu definieren. Parallel muss auf EU-Ebene das Gesetz der unlauteren Handelspraktiken mit Blick auf ästhetische Qualitätsstandards seitens der Lebensmitteleinzelhandelsketten angepasst werden. Geschieht dies nicht, besteht die Gefahr, dass der Handel aufgrund seiner Reduzierungsziele den Druck entlang der Lieferkette weitergibt und noch strengere ästhetische Qualitätsstandards erlassen werden, sowie kurzfristige Bestellstornierungen zunehmen. Die Bundesregierung ist daher dringend aufgefordert, in der Ernährungsstrategie Kohärenz zwischen den Politiken herzustellen mit dem Ziel, Lebensmittelverschwendung bereits auf dem Acker zu reduzieren, statt strategische Entscheidungen am Ende Handel und Industrie zu überlassen.

Gleichzeitig gibt es im Handel ein Reduktionspotenzial für Lebensmittelverluste in Höhe von 90 Prozent, das unbedingt durch gesetzliche Vorgaben, steuerliche Erleichterungen und Rechtssicherheit für die Weitergabe von Lebensmitteln ausgeschöpft werden sollte (WWF 2015). Auch in der Außer-Haus-Verpflegung gibt es ein großes Reduktionspotential, das doppelte Nachhaltigkeitseffekte haben kann: so gelang in einer Klinik durch das Vermeiden von Lebensmittelabfällen eine kostenneutrale Umstellung auf einen Bio-Anteil von 10 Prozent (Brehl 2022).

Aufgrund dieser Aspekte halten wir den Fokus des Eckpunktepapiers der Bundesregierung auf Haushalte für ausgesprochen problematisch, insbesondere, da dort ein Wandel auf Freiwilligkeit und persönlicher Motivation beruht, während für andere Sektoren der Lebensmittellieferkette gesetzliche Vorgaben und steuerliche Anreize geschaffen werden können.

### III. Ernährungskompetenz: gesunde und nachhaltige Ernährungsmuster fördern

#### 2. Ernährungsempfehlungen

Bezüglich der Ernährungsempfehlungen durch die DGE verweisen wir auf die unter Absatz I.1 dieser Stellungnahme geäußerte Kritik und sprechen uns noch einmal dafür aus, die Planetary Health Diet als Standard zu nutzen.

## 4. Ernährungsbildung

Neben der theoretischen Ernährungsbildung durch Weiterbildung von Lehrkräften und Fachpersonal zur Vermittlung von Lehrinhalten, gilt es auch die praktische Ernährungsbildung zu fokussieren. Die Ernährungsbildung in Kindertagesstätten und Schulen hat dafür Sorge zu tragen, dass Kinder und Jugendliche regelmäßig in ihrem Alltag mit gesunden Lebensmitteln in Kontakt kommen. So sollten frisches, möglichst unbehandeltes, regionales und saisonales Obst und Gemüse zum Standardangebot an Schulen und Kitas werden. Die Ernährungsbildung bietet einen wichtigen Hebel zur Chancengleichheit innerhalb des Bildungssektors. Kinder und Jugendliche, die mit gesunden Lebensmitteln aufwachsen sind, sind meist gesünder und haben bessere Möglichkeiten zu lernen.

Weiterhin sollten Kinder und Jugendliche auch die Wertschöpfungskette, sprich den Anbauprozess von Obst und Gemüse, kennenlernen. Durch Wertschätzung für das Produkt kann Lebensmittelverschwendung schon früh eliminiert werden und es kann für das Thema sensibilisiert werden. Schulen und Kitas können durch Schulgärten an das Thema gesunde Ernährung herangeführt werden und durch den eigenen Anbau den Lebenszyklus von essbaren Pflanzen kennenlernen. Durch den eigenen Anbau werden auch lange Lieferketten vermieden, womit der ökologische Fußabdruck verringert wird und ein Beitrag zum Klimaschutz geleistet wird. Indem Schulgärten in allen Bundesländern für Kitas und (Grund-)schulen verpflichtend werden, kann die gesunde Ernährungsbildung im Lernalltag verankert werden.

### **Ergänzungsempfehlung: Wasser ist das wichtigste Lebensmittel**

Aus Sicht der DUH sollte in der Ernährungsstrategie dem Thema Wasser als wichtigstem Lebensmittel deutlich größere Beachtung zukommen. In Deutschland hat Leitungswasser i.d.R. hervorragende Qualität. Zugleich tragen zuckerhaltige Getränke zu einer ungesunden Ernährung bei, und verbrauchen bei Abfüllung und Transport unnötig Ressourcen. Kosteneinsparungen im Einkauf von Getränken können zudem dafür genutzt werden, mehr hochwertige Lebensmittel in Bio-Qualität zu kaufen. Entsprechend hoch ist das Potential, das in einer Reduktion des Konsums ungesunder, nicht nachhaltiger Getränke liegt (Schlatzer und Lindenthal 2019). Die verpflichtende Bereitstellung von kostenlosem Leitungswasser, sowohl in der AHV als auch im öffentlichen Raum, muss deshalb eine zentrale Maßnahme der Ernährungsstrategie sein.

## Literaturverzeichnis

- AMI (2022): Nach Preissprung weniger Bio-Milch nachgefragt. Online verfügbar unter [https://www.ami-informiert.de/ami-maerkte/maerkte/ami-maerkte-verbraucher/meldungen/single-ansicht?tx\\_aminews\\_singleview%5Baction%5D=show&tx\\_aminews\\_singleview%5Bcontroller%5D=News&tx\\_aminews\\_singleview%5Bnews%5D=36433&cHash=7c9a701fcd533c22e9e33145245be71f](https://www.ami-informiert.de/ami-maerkte/maerkte/ami-maerkte-verbraucher/meldungen/single-ansicht?tx_aminews_singleview%5Baction%5D=show&tx_aminews_singleview%5Bcontroller%5D=News&tx_aminews_singleview%5Bnews%5D=36433&cHash=7c9a701fcd533c22e9e33145245be71f), zuletzt aktualisiert am 17.02.2023, zuletzt geprüft am 17.02.2023.
- Andorfer, Veronika A.; Liebe, Ulf (2015): Do information, price, or morals influence ethical consumption? A natural field experiment and customer survey on the purchase of Fair Trade coffee. In: *Social Science Research* 52, S. 330–350. DOI: 10.1016/j.ssresearch.2015.02.007.
- Brehl, Jens (2022): Gemeinschaftsverpflegung. Bio-Qualität läuft auch im Klinikum. In: *FLEISCHWIRTSCHAFT*, 14.12.2022. Online verfügbar unter <https://www.fleischwirtschaft.de/nachrichten/nachrichten/gemeinschaftsverpflegung-bio-qualitaet-laeuft-auch-im-klinikum-54491?crefresh=1>, zuletzt geprüft am 17.02.2023.
- DGE (2022a): Verpflegung in Kliniken. Leitfaden zur DGE-Zertifizierung. Deutsche Gesellschaft für Ernährung. Online verfügbar unter <https://www.dge.de/fileadmin/public/doc/gv/zertifizierung/Checklisten-Kliniken.pdf>, zuletzt geprüft am 17.02.2023.
- DGE (2022b): Verpflegung in Schulen. Leitfaden zur DGE-Zertifizierung. Hg. v. Deutsche Gesellschaft für Ernährung. Online verfügbar unter <https://www.dge.de/fileadmin/public/doc/gv/zertifizierung/Checkliste-Schule-20-Tage-Teilverpflegung-Mischkost.pdf>, zuletzt geprüft am 17.02.2023.
- DUH (2022): Ackern für die Tonne. Deutsche Umwelthilfe e.V. Online verfügbar unter <https://www.duh.de/ackern-fuer-die-tonne/>, zuletzt aktualisiert am 2022, zuletzt geprüft am 17.02.2023.
- Horne, Ralph E. (2009): Limits to labels. The role of eco-labels in the assessment of product sustainability and routes to sustainable consumption. In: *International Journal of Consumer Studies* 33 (2), S. 175–182. DOI: 10.1111/j.1470-6431.2009.00752.x.
- Joeres, Annika; Huth, Katarina; Stahl, Sophia; Schubert, Benjamin; Daniels, Justus Von (2021): Die Milchlobby. Wie unsere Milch dem Klima und der Umwelt schadet. In: *correctiv.org*, 21.09.2021. Online verfügbar unter <https://correctiv.org/top-stories/2021/09/21/die-milchlobby-wie-unsere-milch-klima-und-umwelt-schadet/>, zuletzt geprüft am 17.02.2023.
- Renner, B.; Arens-Azevêdo, U.; Watzl, B.; Richter, M.; Virmani, K.; Linseisen, J. (2021): DGE-Positionspapier zur nachhaltigeren Ernährung. In: *Ernährungs Umschau* 68 (7), S. 144–154. DOI: 10.4455/eu.2021.03.
- Schlatzer, Martin; Lindenthal, Thomas (2019): Bio, gesund und leistbar - geht das? Auswirkungen eines geänderten Einkaufsverhaltens. Warenkorbstudie. Hg. v. WWF Österreich. Online verfügbar unter [https://www.wwf.at/wp-content/cms\\_documents/warenkorbstudie\\_final\\_januar-2019.pdf](https://www.wwf.at/wp-content/cms_documents/warenkorbstudie_final_januar-2019.pdf), zuletzt geprüft am 17.02.2023.
- Willer, H.; Travnicek, J.; Meier, C.; Schlatter, B. (2021): The world of organic agriculture. Statistics and emerging trends 2021. Hg. v. H. Willer, J. Travnicek, C. Meier und B. Schlatter. Research Institute of Organic Agriculture FiBL, Frick, and IFOAM - Organics International, Bonn. Online verfügbar unter <https://www.fibl.org/fileadmin/documents/shop/1150-organic-world-2021.pdf>, zuletzt geprüft am 17.02.2023.
- Willett, Walter; Rockström, Johan; Loken, Brent; Springmann, Marco; Lang, Tim; Vermeulen, Sonja et al. (2019): Food in the Anthropocene. The EAT–Lancet Commission on healthy diets from sustainable food systems. In: *The Lancet* 393 (10170), S. 447–492. DOI: 10.1016/S0140-6736(18)31788-4.

WWF (2015): Das große Wegschmeissen. Unter Mitarbeit von Steffen Noleppa, Matti Carlsburg und Tania Dräger. Hg. v. WWF Deutschland. Online verfügbar unter <https://www.wwf.de/fileadmin/fm-wwf/Publikationen-PDF/Landwirtschaft/WWF-Studie-Das-grosse-Wegschmeissen.pdf>, zuletzt geprüft am 17.02.2023.

Yokessa, Maïmouna; Marette, Stéphan (2019): A Review of Eco-labels and their Economic Impact. In: *IRERE* 13 (1-2), S. 119–163. DOI: 10.1561/101.00000107.

Stand: 01.03.2023



**Deutsche Umwelthilfe e.V.**

Bundesgeschäftsstelle Radolfzell  
Fritz-Reichle-Ring 4  
78315 Radolfzell  
Tel.: 0 77 32 9995 - 0

Bundesgeschäftsstelle Berlin  
Hackescher Markt 4  
Eingang: Neue Promenade 3  
10178 Berlin  
Tel.: 030 2400867-0

**Ansprechpartner:innen**

Reinhild Benning  
Senior Expert Agriculture  
Tel.: +49 30 2400867-885  
E-Mail: [benning@duh.de](mailto:benning@duh.de)

Leonie Netter  
Fachreferentin Ernährung und Landwirtschaft  
Tel.: +49 30 2400867-897  
E-Mail: [netter@duh.de](mailto:netter@duh.de)

[www.duh.de](http://www.duh.de) [@ info@duh.de](mailto:info@duh.de)     [umwelthilfe](#)

 Wir halten Sie auf dem Laufenden: [www.duh.de/newsletter-abo](http://www.duh.de/newsletter-abo)

Die Deutsche Umwelthilfe e.V. ist als gemeinnützige Umwelt- und Verbraucherschutzorganisation anerkannt. Wir sind unabhängig, klageberechtigt und kämpfen seit über 40 Jahren für den Erhalt von Natur und Artenvielfalt. Bitte unterstützen Sie unsere Arbeit mit Ihrer Spende: [www.duh.de/spenden](http://www.duh.de/spenden)

Transparent gemäß der Initiative Transparente Zivilgesellschaft. Ausgezeichnet mit dem DZI Spenden-Siegel für seriöse Spendenorganisationen.



Initiative  
Transparente  
Zivilgesellschaft

